Deutscher Bundestag **Drucksache 19/12081**

19. Wahlperiode 31.07.2019

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frank Schäffler, Christian Dürr, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Katja Hessel, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Thomas L. Kemmerich, Konstantin Kuhle, Oliver Luksic, Alexander Müller, Roman Müller-Böhm, Bernd Reuther, Dr. Thomas Sattelberger, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Bettina Stark-Watzinger, Michael Theurer, Gerald Ullrich, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Ursachen für Pleitewelle bei FinTechs

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) meldete am 2. Juli 2019, dass laut einer Studie der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PwC seit Anfang 2017 „eine regelrechte Schließungswelle“ über die deutschen FinTechs hinwegrolle. Seit 2011 hätten mindestens 233 FinTechs in Deutschland wieder ihren Betrieb eingestellt. Und allein in den Monaten Januar bis Mai 2019 hätten so viele FinTechs den Betrieb eingestellt wie zuvor in den Jahren 2014, 2015 und 2016 zusammen.

Fast die Hälfte der untersuchten FinTechs scheiterten in ihrem dritten oder vierten Jahr. Sobald ein FinTech hingegen sein fünftes Jahr überstanden hat, werden seine Überlebenschancen der Studie zufolge deutlich besser. Ein weiterer Indikator für die Erfolgsaussichten ist darüber hinaus investiertes Risikokapital. Fast 90 Prozent der aufgegebenen FinTechs hatten keine Risikokapitalinvestitionen erhalten, sondern Kapital aus dem Familien- bzw. Bekanntenkreis eingeworben („Family & Friends“).

Laut „Handelsblatt“ umfassen die Zahlen von PwC lediglich Firmen, die ihr Geschäft eingestellt haben (Handelsblatt, Wenige glänzen, viele scheitern: Bei FinTechs rollt die Pleitewelle, 1. Juli 2019). Etliche weitere FinTechs seien durch Fusionen und Übernahmen vom Markt verschwunden oder haben zumindest ihre Eigenständigkeit verloren.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele FinTechs gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland?

   a) Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Marktkapitalisierung der FinTechs in Deutschland?

   b) Wie viel Kapital können FinTechs in Deutschland jährlich einsammeln?

   Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Finanzierungsquellen von FinTechs (Risikokapitalinvestitionen erhalten, Kapital aus dem Familien- bzw. Bekanntenkreis etc.)?

   c) Wie viele FinTechs haben seit 2011 ihr Geschäft eingestellt?

   Welche Gründe sieht die Bundesregierung dafür als ausschlaggebend?

2. Bewertet die Bundesregierung, dass laut einer Studie von PwC (PwC FinTech-Kooperationsradar, Präsentation, Juli 2019) seit 2011 mindestens 233 FinTechs ihren Betrieb eingestellt hätten?

   Und wenn ja, wie?

   a) Führt die Bundesregierung diese Entwicklung auf eine reine Marktbereinigung zurück?

   b) Oder sind nach Ansicht oder Einschätzung der Bundesregierung auch fehlende Finanzierungsmöglichkeiten der Grund für die Einstellung des Betriebs?

3. Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, wie viele FinTechs seit 2011 durch Fusionen vom Markt verschwunden sind?

   a) Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, wie viele FinTechs seit 2011 durch Übernahmen vom Markt verschwunden sind?

   b) Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, wie viele FinTechs seit 2011 ihre Eigenständigkeit auf andere Weise verloren haben?

4. Welche Gründe können aus Sicht der Bundesregierung für den seit 2017 zu verzeichnenden, deutlichen Anstieg an Geschäftseinstellungen ursächlich sein?

5. Wie viele FinTechs haben nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren eine Banklizenz beantragt?

   a) Wie lange dauert die Zulassung für eine Banklizenz durchschnittlich?

   b) Mit welchen Kosten ist die Zulassung durchschnittlich für die FinTechs verbunden?

   c) Wie viele FinTechs kooperieren mit anderen Banken, um deren Banklizenz für ihre Geschäfte zu nutzen?

   Welche Kosten entstehen den FinTechs dadurch?

6. Teilt die Bundesregierung die Ansicht der Studie von PwC, dass 2019 mit einem neuen Höhepunkt an Geschäftseinstellungen bei FinTechs zu rechnen sei (PwC, a. a. O., Folie 5)?

7. Welche unterstützenden Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen bzw. plant sie, um FinTechs einen Fortgang des Betriebs (auch im fünften Jahr) zu ermöglichen (PwC a. a. O., Folie 13)?

Berlin, den 17. Juli 2019

Christian Lindner und Fraktion

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333